

Für eine sozial-ökologisch gerechte und wirtschaftlich nachhaltige Fiskalpolitik

Wir leben in einer krisenhaften Zeit. Wir müssen uns heute fragen, wie wir die gegenwärtigen Krisen bewältigen und unsere Zukunft sicher und gerecht gestalten können. Die Einnahmen und Ausgaben des Staates spielen dabei eine zentrale Rolle, denn sie beeinflussen die wirtschaftliche Entwicklung, sichern den sozialen Zusammenhalt und schaffen heute die Grundlagen für ein sozial und ökologisch gerechtes Morgen. Dies kann aber nur mit notwendigen Zukunftsinvestitionen, gerechten Steuern, und einer angemessenen Verschuldung gelingen.

Die aktuelle Fiskalpolitik der Bundesregierung, allen voran das ideologische Festhalten an der Schuldenbremse, verhindert jedoch diese richtigen und wichtigen Investitionen in unsere Zukunft. Sie macht damit zukunftsfähiges Wirtschaften unmöglich und gefährdet unsere Demokratie. Doch sie ist nicht alternativlos. Es gibt klare, realpolitische Hebel für eine zukunftsfähigere Fiskalpolitik.

Für eine starke Demokratie

Die politischen Kosten der Austeritätspolitik sind hoch: Sie erhöht die Zustimmung zu rechtsextremen Parteien und führt zu einer stärkeren politischen Fragmentierung. [1] Das Vertrauen in die demokratischen Institutionen kann nur durch einen handlungs- und leistungsfähigen Staat zurückgewonnen und gestärkt werden. Dazu muss der Staat die öffentliche Daseinsvorsorge gewährleisten und wesentliche Leistungen dieser Daseinsvorsorge selbst erbringen. Eine starke Demokratie braucht Investitionen und Handlungsspielräume, insbesondere in den Kommunen. Denn dort wird die Demokratie am unmittelbarsten erlebt und gestaltet. Wir brauchen daher dringend eine auskömmliche und gerechte Finanzierung der Kommunen. Eine erste Entlastung würden den Erlass von Altschulden sowie eine stärkere Unterstützung bei den Sozialausgaben verschaffen.

Für mehr Generationengerechtigkeit

Wer Sozialleistungen kürzt und nicht in Bildung, Infrastruktur und Transformation investiert, spart nicht für junge Menschen, sondern an ihnen und an zukünftigen Generationen. Sie werden weniger unter den zu tilgenden Restschulden als unter den fatalen Folgen fehlender Ausgaben



**Beschlossen auf der Bundeskonferenz
der Naturfreundejugend Deutschlands
vom 31.05. bis 02.06.2024 in Stuttgart**

in die staatliche Daseinsvorsorge leiden: zunehmende Bildungsungleichheit, Verlust von Gemeingütern und Schwächung der Demokratie.

Öffentliche Ausgaben schaffen bleibende Werte. Von Investitionen in Zukunftsfähigkeit, in formale und non-formale Bildung, in resiliente Infrastruktur, in Klimaschutz und Klimaanpassung, profitieren insbesondere junge Menschen. Um diese notwendigen Investitionen tätigen zu können, muss die Schuldenbremse abgeschafft werden.

Für mehr soziale Gerechtigkeit

Wenn staatliche Leistungen gekürzt oder ganz gestrichen werden und Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor abgebaut werden, führt dies zu mehr Arbeitslosigkeit, Armut und Wohnungslosigkeit. Kürzungspolitische Maßnahmen im Gesundheitssystem verschärfen Gesundheitsprobleme, insbesondere bei Menschen, die bereits armutsbetroffen oder armutsgefährdet sind und stärker auf Leistungen der Gemeinschaft angewiesen sind. [2] Damit verschärft Austeritätspolitik Einkommensungleichheit und zementiert bestehende gesellschaftliche Ungleichheiten.

Eine sozialverträgliche Fiskalpolitik priorisiert Ausgaben in den Bereichen Gesundheit und Soziales, um insbesondere einkommensschwache Haushalte zu schützen. Und sie erhöht die Einnahmen des Staates, z.B. durch eine progressivere Einkommensbesteuerung, die Einführung einer Finanztransaktions- und Vermögenssteuer und die Eindämmung von Steuerhinterziehung. [3]

Für mehr ökologische Nachhaltigkeit

Zwischen dem Investitionsbedarf zur Einhaltung der völkerrechtlich bindenden Klimaziele und den tatsächlichen Ausgaben für den Klimaschutz klafft eine große Lücke. Deutschlands Beitrag zu internationalen öffentlichen Klimafinanzierung ist unzureichend. [4] Wir brauchen Investitionen in neue Technologien und Praktiken, um Treibhausgasemissionen zu reduzieren, Biodiversität zu fördern und natürliche Ressourcen zu schützen - und um diesen notwendigen Wandel sozial gerecht zu gestalten. [5]

Der Staat muss die bestehende Investitionslücke nicht nur durch angemessene Finanzierung schließen, sondern auch durch geeignete Rahmenbedingungen, innerhalb derer Marktakteure agieren und private Investitionen stattfinden. Dazu gehören u.a. der Abbau fossiler Subventionen, die Einführung eines sozial gestaffelten Klimageldes sowie auf europäischer Ebene die konsequente Ausrichtung der EU-Taxonomie an den Erfordernissen des 1,5-Grad-Limits.

Für eine zukunftsfähige wirtschaftliche Entwicklung

Wenn der Staat seine Ausgaben direkt kürzt oder durch eine Verringerung des Geldumlaufs den privaten Akteuren die Mittel entzieht, unterbleiben volkswirtschaftlich wichtige Investitionen, die für eine langfristig positive Wirtschaftsentwicklung notwendig sind. Um eine Rezession abzuschwächen oder zu verhindern, muss der Staat eine antizyklische Fiskalpolitik betreiben. Investieren in der Rezession und Sparen in der Expansion. Die Schuldenlast wird immer in Relation zum Bruttoinlandsprodukt gemessen. Historisch ist die Bundesrepublik Deutschland immer dann aus der Verschuldung herausgekommen, wenn das Bruttoinlandsprodukt gestiegen ist.

Die aktuelle Sparpolitik ist ungerecht, demokratiegefährdend und untergräbt die notwendige wirtschaftliche Transformation. Sie ist jedoch nicht alternativlos. Wir fordern eine Überwindung des Spar- und Kürzungsdogmas und eine zukunftsfähige Fiskalpolitik, die sozial-ökologisch gerechtes Wirtschaften ermöglicht und nicht verhindert. Für echte Generationengerechtigkeit und eine wirklich zukunftsfähige Ökonomie.

- [1] Gabriel, R. D., Klein, M., & Pessoa, A. S. (2023). The political costs of austerity. *Review of Economics and Statistics*, 1–45. <https://www.riksbank.se/globalassets/media/rapporter/working-papers/2022/no.-418-the-political-costs-of-austerity.pdf>
- [2] Stuckler, D., Reeves, A., Loopstra, R., Karanikolos, M., & McKee, M. (2017). Austerity and health: The impact in the UK and Europe. *European Journal of Public Health*, 27 Supplement 4, 18–21. <https://doi.org/10.1093/eurpub/ckx167>
- [3] Cavero, T., & Poinasamy, K. (2013). A cautionary tale: The true cost of austerity and inequality in Europe. In Oxfam International. <https://policy-practice.oxfam.org/resources/a-cautionary-tale-the-true-cost-of-austerity-and-inequality-in-europe-301384/>
- [4] Climate Action Tracker (2023). Germany. <https://climateactiontracker.org/countries/germany/>
- [5] Burret, B., A. Kirchner, S. Kreidelmeyer, T. Spillmann, J. Ambros, J. Limbers, A. Brutsche, M. Granzow, R. D. Häbeler (2021). Beitrag von Green Finance zum Erreichen von Klimaneutralität in Deutschland. Im Auftrag der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-Studien-und-Materialien/Green-Finance-und-Klimaneutralitaet.pdf>

Glossar

Fiskalpolitik: Maßnahmen eines Staates zur Veränderung seiner Einnahmen und Ausgaben. Einnahmen erhält der Staat durch Steuern, Abgaben und Gebühren. Ausgaben umfassen u.a. Investitionen in Infrastruktur, Sozialleistungen sowie Kreditaufnahme/Schulden.

Antizyklische Fiskalpolitik: Wirtschaftspolitik, die darauf abzielt, durch staatliche Ausgaben die Konjunktur zu stabilisieren. Allgemein in Zeiten des Aufschwungs staatliche Ausgaben reduzieren und in Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs Ausgaben erhöhen.

Schuldenbremse: Gesetzliche Regelung zur Begrenzung der Staatsverschuldung.

Austeritätspolitik: Wirtschaftspolitik, die auf Haushaltskonsolidierung durch Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen abzielt.

Investitionslücke: Differenz zwischen dem benötigten und dem tatsächlich investierten Kapital.

EU-Taxonomie: System der Europäischen Union zur Einstufung nachhaltiger und nicht-nachhaltiger wirtschaftlicher Aktivitäten.